

Berliner Konferenz Europäischer Katholiken (BK), X. Plenartagung, 1988

Berliner Manifest europäischer Katholiken

Die Menschheit steht am Scheideweg. Sie kann in eine friedliche Zukunft gehen oder in den Abgrund stürzen. Sie kann leben oder untergehen. Wir entscheiden uns für das Leben und den Frieden. Das ist Gottes Wille, der uns zum Handeln verpflichtet. Weil Gott durch seine Schöpfung, besonders durch seine Menschwerdung, Partei ergreift für die Menschlichkeit der Menschen, ist die Gestaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen auf dieser Erde unsere Aufgabe. Der Frieden ist dafür die erste Voraussetzung. Dabei verstehen wir Frieden als Abwesenheit von Krieg, Hunger und Unterdrückung sowie als Anwesenheit von Gerechtigkeit und Freiheit, als Leben in Gemeinschaft mit Gott, mit den anderen Menschen und mit der ganzen Schöpfung. Angesichts der vielfältigen Bedrohungen im nuklear-kosmischen Zeitalter sind wir in unserem Christsein total herausgefordert, so daß zum Friedensgebet unbedingt auch die Friedenstat hinzutreten muß.

Wir wissen: Der irdische Frieden ist kein Zustand, sondern ein Prozeß, er ist kein Besitz, sondern ein Weg. Frieden als Gabe Gottes ist uns eine ständige Aufgabe, die stufenweise zu lösen ist. Die Schöpfung wie auch die Menschwerdung sind eine einzige und ununterbrochene Liebesbezeugung Gottes. Jeglicher Bruch zwischen den Menschen und dieser Liebe ist tödlich. Der Krieg, die Ausbeutung, die Unterdrückung entstehen aus diesem Bruch und erzeugen nur Haß. Wichtige aktuelle Verpflichtungen sind die Verhinderung eines Krieges mit Nuklearwaffen, der zum selbstverschuldeten Untergang der Menschheit führen kann, die Überwindung ärgster sozialer Nöte in der Welt und die Rettung der Umwelt vor folgenschweren Schädigungen.

Abrüstung - das Gebot der Zeit

Nach dem Washingtoner Vertrag über die Liquidierung der Mittelstreckenraketen gibt es eine reale Chance, die immer größer werdende Gefahr einer nuklearen Vernichtung der Menschheit durch die Abschaffung aller Nuklearwaffen zu beseitigen. Bei gutem Willen aller Seiten ist es möglich, das dritte Jahrtausend nach Christi Geburt ohne Nuklearwaffen zu beginnen. Schritte zu diesem Ziel sind das Verbot aller Versuche mit solchen Waffen, die Einrichtung nuklearwaffenfreier Zonen sowie weitere Null-Lösungen bei diesen Waffensystemen.

Eine „besonders grausame und der Menschheit unwürdige Waffengattung“ (Johannes Paul II.) sind die chemischen Waffen. Sie müssen verboten und vernichtet werden.

Besonders in Europa ist eine deutliche Reduzierung der konventionellen Waffen notwendig. Bestehende Asymmetrien müssen durch Abrüstung auf den jeweils niedrigsten Stand beseitigt werden. Vordringlich müssen solche „konventionellen“ Waffen abgerüstet werden, die in ihren Wirkungen den Massenvernichtungswaffen nahekommen. Teilabrüstungen dürfen nicht durch eine als „Modernisierung“ verschleierte Nachrüstung anderer Waffensysteme unwirksam gemacht werden.

Entschieden widersetzen wir uns auch Plänen zur Militarisierung des Weltraumes. Weitreichende Abrüstungsschritte setzen ein neues politisches Denken voraus. Es muß ein neues Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Macht erarbeitet werden. Alles muß dafür getan werden, das legitime Sicherheitsbedürfnis der Staaten und Völker auf der Grundlage der Gewaltlosigkeit und mit anderen als militärischen Mitteln zu befriedigen. Dabei sind die Sicherheitsinteressen der Nachbarn stets mitzubedenken. Militärdoktrinen, die auf die Konzeption der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit orientieren, überwinden Mißtrauen und Argwohn. Wie man allseitigen Interessen genügen kann, zeigen die im Washingtoner Vertrag festgelegten Kontrollmaßnahmen. Sie sind so umfassend, daß sie die gegenseitige und gemeinsame Sicherheit gewährleisten. Sie wirken in sich vertrauensbildend und sind beispielhaft für weitere Verhandlungen im Abrüstungsprozeß.

Vertrauen ist sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis dieses Prozesses. Eine konsequent auf Frieden, Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit ausgerichtete Politik baut Vertrauen auf.

Vertrauensfördernd sind auch einseitige Vorleistungen im Abrüstungsprozeß, wie sie z.B. der vorzeitige Abzug der Mittelstreckenraketen aus der DDR und der CSSR darstellte. Eine große Bedeutung für die Vertrauensbildung haben die Massenmedien, die Schule und die Volksbildung insgesamt. Sie müssen der Wahrheit dienen und Feindbilder abbauen. Abrüstung setzt finanzielle Mittel, Rohstoffe und geistige Kräfte frei. Die Staaten haben die Verpflichtung, die eingesparten Mittel für die gemeinsame Bewältigung der großen sozialen Nöte in der Welt einzusetzen.

Europa - unser gemeinsames Haus

Als europäische Katholiken machen wir uns Sorgen über die Gestalt des Hauses, in dem wir gemeinsam leben. Uns steht ein Haus des Friedens und guter Nachbarschaft, ein friedliches Zusammenleben von Völkern und Staaten trotz unterschiedlicher historischer Tradition und sozialer Ordnung vor Augen. In diesem Europa wird das Gemeinsame vor das Trennende gestellt, wenn man die Eigenarten des Nachbarn achtet, sich in seine Angelegenheiten nicht einmischt und auch ihm Friedenswillen und Friedensfähigkeit zuerkennt.

Wichtigste Voraussetzung für ein Europa des Friedens und guter Nachbarschaft ist eine weitgehende Entmilitarisierung des Kontinents. Wenn Europa von allen Massenvernichtungswaffen und von großen Teilen der konventionellen Rüstung entlastet würde, wären die Militärblöcke überflüssig. So würde der Frieden nicht nur im eigenen Hause gestärkt. Die KSZE-Schlußakte von 1975 enthält bereits grundlegende Regeln einer europäischen „Hausordnung“. Sie müssen schon jetzt allseitig und umfassend praktiziert werden und bedürfen zugleich der Weiterentwicklung.

Von unserem christlichen Menschenbild her messen wir den sozialen und individuellen Rechten der Menschen eine hohe Bedeutung zu. Die moderne Zivilisation hat manche dieser Rechte besser durchgesetzt als früher. Andererseits treten neue Defizite auf, und nicht wenige Mißbräuche kehren Freiheiten in ihr Gegenteil. Nach unserer Überzeugung und in Übereinstimmung mit der Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ ist es christliche Pflicht, vor allem die Rechte der Armen, Unterdrückten und Notleidenden zu verteidigen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Wir treten auch für die volle und allseitige Respektierung der Gewissens- und Religionsfreiheit ein, wie sie im Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte von den Vereinten Nationen bereits 1948 gefordert wurde. Europa leidet zunehmend unter schweren Schädigungen der Umwelt. Staatliche, gesellschaftliche und private Maßnahmen genügten bisher nicht, den ökologischen Gefahren ausreichend zu begegnen. Ein Umdenken aller Menschen ist erforderlich, beginnend mit der Einsicht in eigene umweltgefährdende Lebensweisen. Die Bewahrung der Schöpfung ist eine der höchsten Christenpflichten. Als Glieder der Kirche und der Gemeinschaft aller Menschen dürfen wir jedoch nicht eurozentrisch denken. Wir müssen die Probleme der Völker anderer Kontinente noch stärker in unsere Mitverantwortung einbeziehen. Dabei werden unsere eigenen Probleme zugleich relativiert.

Hunger und Not schreien nach Gerechtigkeit

Frieden und Gerechtigkeit sind wie zwei Seiten einer Medaille. Sie gehören zusammen. Unser Ziel ist darum Frieden in Gerechtigkeit. Daß Hunderte von Millionen Menschen in Hunger, Not und Elend leben, ist kein Naturgesetz und schon gar nicht Gottes Wille, sondern Folge menschlichen Unrechts. Schwere soziale Sünden, Machthunger und Profitsucht in Vergangenheit und Gegenwart tragen Schuld an der zum Himmel schreienden Ungerechtigkeit in vielen Teilen der Welt. Auch hier ist neues Denken notwendig.

Hunger und Not sind mit Almosen allein nicht zu überwinden. Zur Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung bedarf es grundlegender Veränderungen der Sozialstruktur zugunsten größerer Rechte der Armen sowie umfassender uneigennütziger internationaler Hilfe. Unterentwicklung und soziale Konflikte stellen eine ebenso große Bedrohung der Sicherheit dar wie die Rüstung. Diese nichtmilitärischen Bedrohungen müssen ernstgenommen werden, denn auch sie können zu Kriegen führen. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sowie Befreiung aus politischen Fesseln können ungerechte Gewalt überwinden und Konflikte gewaltfrei lösen.

Umfassende Abrüstung ist ein wichtiges Mittel zur Überwindung von Hunger und Not, Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Die materiellen und geistigen Mittel, die jetzt für eine zerstörerische Kriegsmaschinerie vergeudet werden, müssen menschenwürdiger für den sozialen und kulturellen Fortschritt der Völker eingesetzt werden.

Solidarität ist eine christliche Tugend. Wir sind solidarisch mit allen Menschen und Völkern, die um die Befreiung aus sozialen und politischen Nöten kämpfen und die sich fremder Unterdrückung erwehren. Wir üben Solidarität in Gebet, politisch-moralischer Unterstützung und materieller Hilfe.

Wir Priester und Laien aus ganz Europa, auf der X. Plenartagung der Berliner Konferenz europäischer Katholiken (BK) in Berlin versammelt, rufen unsere Schwestern und Brüder zu verstärktem Einsatz für die Bewahrung des Lebens und für die Schaffung eines dauerhaften Friedens auf. In diesem Sinne rufen wir auf zum Engagement im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und im Geiste der Weltkonferenz der Kirchen im Jahre 1990. Wir betrachten dieses Manifest als einen Beitrag dazu.

Als Menschen, die wir uns zu Jesus Christus bekennen und seinen Namen tragen, wollen wir der Botschaft vom Frieden auf Erden Geltung verschaffen - auch durch unser politisches Mitdenken und durch unsere politisch wirksame Tat.

Berliner Konferenz Europäischer Katholiken (BK)
X. Plenartagung der BK in Berlin/DDR, 2.-4. Juni 1988